Sitzung des Studierendenrats der Universität Bremen

am 19. November 2019

1. Formalia

1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Es wurde ordnungsgemäß eingeladen und die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

1.2. Beschluss der Tagesordnung

Keine Widersprüche.

1.3. Beschluss der SR-Protokolle vom 16.07.2019 und 15.10.2019

Änderungswünsche:

Referatsvorschläge aus der Konstituierenden Sitzung sollen hinzugefügt werden. *Angenommen.*

Im Bezug zu den Rücklagen: Wie werden die Rücklagen investiert? Keine Zinsen wegen der Wirtschaftslage. *Angenommen.*

Im Bezug zum Verwaltungsrat: Informationen über das Abstimmungsverhalten bei den Preisehöhungen wurden angekündigt. *Angenommen.*

Im Bezug zu den Papierpilzen: „Ein AfA-Mitglied berichtet, dass die Papierpilze auf einem Gabi-Transparent beworben wurden. *Angenommen.*

1.4. Festlegung des nächsten ordentlichen Sitzungstermins

Die nächste Sitzung findet am Montag, den 16.12.2019 um 16 Uhr statt.

2. Wahlen

2.1. Neuwahl des zweiten AStA Vorsitzenden

Vorschlag: Annemarie Krebs

Master Germanistik, Vorstanderfahrungen aus Magdeburg

Frage: Welche Projekte willst du besonders verfolgen?

Antwort: Neben der Vorstandsarbeit Antifaschismus, z.B. Antifaschistische Hochschultage.

Frage: Was genau kann man tun, um die finanzielle Belastung für die Studierenden zu reduzieren?

Antwort: Verschiedene Posten müssen angeschaut werden.

Frage: Was denkst du vom FZS?

Antwort: Viele politischen Einbußen, eher Ablehnung. FZS hat keine richtige Verbindung zu den Studierenden.

Abstimmung: 18 Ja-Stimmen, 6 Enthaltungen, 0 Gegenstimmen

2.2. Neuwahl des queerpolitischen Referats

Vorschlag: Sarah Wirgenings

Vorantreiben queerer Vernetzung und Wahrnehmung von queeren Personen stärken. Bereits Erfahrungen mit AStA-Arbeit.

Frage: Vernetzung mit dem Autonomen Feministischen Referat?

Antwort: Enge Kooperation.

Abstimmung: 16 Ja-Stimmen, 8 Enthaltungen, 0 Gegenstimmen

3. Anträge

3.1. Digitales Semesterticket

Redebeitrag: Es gibt keine Mehrheit für ein digitales Semesterticket. Eine Thema dabei ist auch die Fälschungssicherheit.

Antragssteller: Freiwilligkeit bei der Anschaffung des digitalen Semestertickets, daher ist die Fälschungssicherheit nicht eingeschränkt.

Änderungsantrag: „freiwilliges digitales Semesterticket“ bzw. der Passus: „Das digitale Semesterticket ist freiwillig und nicht verpflichtend für die Studierenden.“

Abstimmung: 9 Ja-Stimmen, 11 Enthaltungen, 3 Gegenstimmen

Antrag angenommen.

3.2. Antrag Zweisprachigkeit

Das Plenum debattiert kontrovers.

Änderungsantrag: „Nach Möglichkeit“ mit hineinbringen.

Änderungsantrag: „soll“ eine Übersetzung beigefügt werden.

Abstimmung: 8 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen, 10 Gegenstimmen

Änderungsantrag abgelehnt, Verschiebung auf Punkt 3.6

3.3. Grundgesetz gilt für alle

Nachfrage: Werden Faschist*innen nicht schon genug gebasht? Woher kommt dieser Antrag?

Antwort: Wir sind schon demokratisch genug, aber bekennen und trotzdem nochmal dazu. Als Absicherung gegen eventuell entstehende Hochschulgruppen, die vielleicht verfassungsfeindlich sein könnten.

Das Plenum debattiert kontrovers.

Endplädoyer LHG: Es geht auch darum, die FDGO (Freiheitlich-Demokratische Grundordnung) dazu zu verwenden, auch gerne über die Verfassung zu debattieren.

Änderungsantrag: Streichung der ersten 6 Zeilen und stattdessen „Der SR beschließt die Abschaffung der Bundes- und Landesämter des Verfassungsschutzes“ (Zur Klarstellung: Kompletter Antragstext wird ersetzt.)

Abstimmung: 11 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen, 3 Gegenstimmen

Änderungsantrag angenommen.

Antrag wird von Seiten der LHG zurückgezogen.

3.4. Gegen das Stugenfeier-Verbot

Änderungsantrag: Das allgemeine Verbot von Stugenfeiern „und Alkoholausschank“ umgehend auszusetzen. Keine Gegenstimmen.

Änderungsantrag: „Mit hineingezogen“ statt „reingezogen“. Keine Gegenrede.

Änderungsantrag: „Und die Genehmigung von Alkoholausschank wieder einzuführen.“ Entfällt.

Abstimmung: 23 Ja-Stimmen, 0 Enthaltungen, 0 Gegenstimmen

Antrag angenommen.

3.5. Ablehnung der Fahrpreiserhöhung für das Semesterticket: Soziale Mobilität neu verhandeln!

Fahrpreiserhöhung ist fast schon eine Beleidigung. Mit dem Asten-Bündnis wurde abgesprochen, die Preiserhöhung erstmal zurückzuweisen.

Änderungsantrag: „oberstes Ziel“ statt Minimalziel

Änderungsantrag: „Erste Bedingung des Aufnahme der Tarifverhandlung“ statt Minimalziel. „Zudem wird die Schaffung […] verlangt.“

Vorschlag: Urabstimmung über die Weiterführung des Semestertickets.

3.6. Zurückgestellter Antrag Zweisprachigkeit

Abstimmung: 21 Ja-Stimmen, 0 Enthaltungen, 2 Gegenstimmen
Antrag angenommen.

4. Berichte

4.1. Berichte der AStA-Mitglieder

Antifa-Referat: Einladung zu den Veranstaltungen. Es ist auch eine Reise geplant.
Hochschulpolitisches Referat: Mitgliederversammlung hat Tarifkommission gewählt, also können jetzt Tarifverhandlungen gestartet werden. Schlechte Nachrichten von der Landesastenkonferenz: Bremerhaven lehnt das ab. Gespräche über eine Landesastenkonferenz ohne Bremerhaven. Zusätzliches Problem: AStA der Hochschule ist derzeit überfordert.
Vernetzungsreferat: Unterstützung der kurdischen Studierendenvereinigung bei Infoständen und Demonstrationen.
Nachhaltigkeitsreferat: 27. November ist die nächste Kleidertauschparty. Intensive Auseinandersetzung mit dem Thema Wasserspender. Ergebnis: keine hygienischen Probleme, aber trotzdem wird das Projekt Wasserspender nicht mehr weiter verfolgt.
Referat für Kritische Wissenschaft: Der Lesekreis findet jetzt wöchentlich statt.
Kultur-Referat: Vernetzung mit Hochschule und HFK, um über weitere Orte für das Kultursemesterticket zu finden.
Vorstand: viele operative Aufgaben.

4.2. Berichte der studentischen Senatsmitglieder

YUFE: Young Universities for Europe. Geld gibt es ab dem 1. Dezember. Gibt auch noch einen Begleitantrag für 750.000€. Welche Projekte für die Studierenden?
Konrektor Breiter hört bald auf.
Studierendenzahlen sind dieses Wintersemester stark zurück gegangen (13%). Vollfach und Lehramt leider sehr. Hochschulpakt: 2762 von 2900 Studierenden wurden erst angenommen, dadurch verliert die Universität einiges an Geldern. Das Geld was die Uni für die 2900 Erststudierenden bekommen hat, muss jetzt zurück gegeben werden.
Wissenschaftsplan ist schwierig umzusetzen, es fehlt Geld.
Unibad kostet 500.000€ jedes Jahr, das Geld muss die Universität aus Lehre und Forschung nehmen. Bis zur Schließung muss die Universität den Betrieb aufrecht erhalten.
Kanzler hat den Alkoholausschank für alle Stugen-Weihnachtsfeiern schon genehmigt.

4.3. Berichte der studentischen Verwaltungsratsmitglieder des STW

Es hat keine Sitzung stattgefunden.

5. Sonstiges

5.1. Public Climate School und Studentische Vollversammlung

Herzliche Einladung an alle zur Teilnahme nächste Woche.

5.2. O-Wochen Vorkommnisse

Kommunikationsprobleme über die Vorfälle. Es gibt Anweisungen von Seites des StuGA an die Teameer*innen, keine erniedrigenden Spiele zu spielen.